

Daniel Krüger

„Systemausstieg“ und „Freiheitskampf“. Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen der Szene von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“

Können Sie sich an Wolfgang Ebel (*1939, †2014) erinnern? Er gilt als Erfinder des Konzepts der „Kommissarischen Reichsregierung“ (KRR). Mitte der 1980er Jahre erklärte er sich im West-Berliner Zehlendorf zum „Generalbevollmächtigten“ für das Deutsche Reich und blieb fast 30 Jahre selbsternannter Reichskanzler. In Vorträgen und Fortbildungen nehmen wir seine Biografie als Beispiel für den Werdegang eines Akteurs der Szene, deren Angehörige gemeinhin als „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bezeichnet werden. Wolfgang Ebel war bis 1980 Angestellter des DDR-Unternehmens Deutsche Reichsbahn in West-Berlin. Die Ost-Reichsbahn betrieb aus wirtschaftlichen und politischen Gründen seit der Nachkriegszeit auch die S-Bahn in West-Berlin. 1980 streikten die West-Berliner S-Bahn-Mitarbeiter, die im Westen nicht in das Sozialsystem und gewerkschaftliche Organisation eingebunden waren, gegen ihre Arbeitsbedingungen. Der Streik wurde niedergeschlagen und als einer der Streikführer verlor Ebel seinen Job und jede finanzielle Unterstützung – sein Weg vom Reichsbahner zum „Reichskanzler“ wurde vielfach dargestellt.¹

An seiner Geschichte lässt sich die Dynamik von persönlichen Fehlentscheidungen, Scheitern am System, Egozentrik, wahnhaften Vorstellungen und magischem Denken zeigen. Der Prototyp seiner „Regierung“ entwickelte abstruse Thesen, provozierte, beschäftigte Behörden und schuf ganz eigene Geschäftsmodelle. Ebel und seine KRR zeigten aber auch, wie die Szene in jener Phase öffentlich wahrgenommen wurde. Sie reichte als Material für satirische Medienberichte.²

Seitdem haben sich die Verhältnisse geändert. Seit Ende der 1990er Jahre ist die Szene vielfältiger und größer geworden; sie ist immer wieder in Bewegung. Ein Grund waren die Möglichkeiten des medialen Wandels, der es Kleinst-

¹ Vgl. dazu z. B. den Dokumentarfilm „Der amtierende Reichskanzler“ (2003) von Dennis Siebold, unter <https://www.youtube.com/watch?v=WTXx47bZccM>, Stand der Abfrage: 1.12.2022.

² Vgl. Behrend, Georg (2001): Mordversuch in Linie 48. Aus dem Leben des amtierenden deutschen Reichskanzlers Wolfgang Gerhard Günter Ebel, in: Titanic – Das endgültige Satiremagazin, Heft 1/2001, S. 60 ff.

gruppen und Einzelakteuren erlaubte, im World Wide Web Öffentlichkeiten für ihre Pamphlete und Welterklärungen zu schaffen. Konkurrenzen zwischen Akteuren und Spaltungen von Gruppen trugen zu einer Dynamisierung bei. Schließlich gewannen verwandte Ideen und Handlungsansätze aus dem anglo-amerikanischen Raum an Einfluss, sodass naturrechtliche Vorstellungen oder Konzepte des „Sovereign Citizen Movement“ und der „Freemen of the Land“ sich in Deutschland in der „Selbstverwalter“-Szene niederschlugen.

Protestwellen der vergangenen Jahre – die Montagsmahnwachen 2014, PEGIDA ab 2014, Querdenken ab 2020, die pro-russischen Proteste 2022 – boten Betätigungsfelder und Möglichkeiten für Interaktion und Resonanz. Die Szene ist heute eingebunden in einen Komplex von Desinformationskampagnen, Verschwörungserzählungen, „alternativen Fakten“, Falschmeldungen und gezielten Versuchen politischer Akteure, gesellschaftliche Kommunikation zu stören.

Eine Zäsur in der öffentlichen Wahrnehmung des Problems markierte der Polizistenmord in Georgensgmünd am 19. Oktober 2016. Wolfgang P. erschoss einen Beamten der bayerischen Polizei und verletzte drei weitere, als das Spezialeinsatzkommando (SEK) Waffen des Täters beschlagnahmte. Zuvor hatte in Sachsen-Anhalt am 25. August 2016 Adrian U. eine Schusswaffe gegen ein SEK eingesetzt, um die Zwangsräumung seines Grundstücks zu verhindern. Beide Täter waren radikalisierte „Reichsbürger“. Die Taten lösten eine Debatte aus, in deren Folge sich sowohl die sicherheitsbehördlichen Einschätzungen als auch die medialen Bewertungen der Szene änderten.

In den folgenden Ausführungen will ich darstellen, wie wir die Phänomene und Entwicklungen als Berater in den Mobilen Beratungsteams (MBT) Brandenburg wahrnehmen.³ Wir beraten Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen, Bürger, Initiativen und Vereine zu ihren Fragen und Anliegen in der Auseinandersetzung mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ – in der Regel gibt es dafür konkrete Anlässe.

I. Wer oder was ist ein „Reichsbürger“?

Die Verwendung des Begriffs „Reichsbürger“ stellt uns dabei vor Herausforderungen. Als eine Sammelbezeichnung wird er der Heterogenität der Szene nicht gerecht. Er ist eine Bezeichnung von außen – eine Minderheit in der

³ Dank gilt Joana-Eve Edge und Philipp Külker vom MBT Angermünde für ihre Anregungen und die gemeinsamen Überlegungen.

Szene würden sich selbst so nennen.⁴ Als Schlagwort in öffentlichen Debatten funktioniert er eher als reduzierte moralische Kategorisierung, statt als Werkzeug der Problemanalyse. In Beratungen und Fortbildungen zum Thema schlagen wir vor, die Szene umfassender zu betrachten und zu beschreiben – im Hinblick auf ihre ideologische Ausrichtung (einschließlich der Widersprüche), ihre materiellen und ideellen Attraktivitätsmomente, ihre Begründungen sowie das Agieren der konkreten Akteure.

1. Ideologische Ausrichtung

Will man es sich einfach machen, erklärt man, „Reichsbürger“ seien Rechtsextremisten, die das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 wiedererlangen wollen. Allerdings träfe die Beschreibung „rechtsextremistisch“ und „geschichtsrevisionsistisch“ nur auf einen kleinen Teil der Szene zu, auf den Großteil nicht. Gerade dort, wo auf das Deutsche Reich Bezug genommen wird, steht nicht in Frage, dass es fortbesteht. Im Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht und dessen Urteil vom 21. Dezember 1972 sieht man aber als „Reichsbürger“ nicht die Bundesrepublik Deutschland als neu organisierten Staat identisch mit dem Staat Deutsches Reich, sondern ersetzt sie durch eigene Imaginationen.

Das ideologische Fundament der Szene von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ lässt sich mit den Begriffen „anti-etatistisch“, „ego-zentrisch“ und „heterodox“ umreißen. Im Kern richten sich die Überzeugungen gegen eine bestehende Staatlichkeit – das kann allgemein oder spezifisch gemeint sein. Es ist ein Angebot an alle, die versuchen, aus einem staatlichen System auszuweichen, es zu leugnen oder es zu bekämpfen. Der eigene Vorteil, die eigene Sicht der Welt, die eigenen Regeln sind dabei das Maß der Dinge. Geprägt wird diese Ideenwelt durch eine Vielzahl von Verschwörungserzählungen, durch eigenwillige und abwegige Interpretationen von juristischen Sachverhalten sowie durch Ausstiegstopien.

In der Art ideologisch bestimmt als auch relativ offen zu sein, bietet Anknüpfungsmöglichkeiten für unterschiedliche Einstellungen: rechtsextremistisch, antidemokratisch, antisemitisch, (rechts-)libertär, esoterisch, bis hin zu alternativ und kapitalismuskritisch. Als verbindende Motive erscheinen die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie die Selbststilisierung als „Systemaussteiger“ oder „Freiheitskämpfer“.

⁴ In der Beratung zur direkten Kommunikation mit Szeneangehörigen würden wir empfehlen, den Begriff *nicht* zu verwenden, um eine Eskalation und eine ausufernde Diskussion über historisches deutsches Staatsangehörigkeitsrecht zu vermeiden.

2. Attraktivität

Im Sinne seiner Überzeugungen aktiv werden zu können, ist sicherlich ein Attraktivitätsmoment. Aber auch darüber hinaus macht die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ Versprechen auf materiellen und ideellen Gewinn. Sie bietet einen Rahmen für – teils betrügerische – Geschäftsmodelle, die es Einzelnen ermöglichen, Geld zu verdienen. Die Spanne reicht vom Verkauf von Fantasiedokumenten, über Fantasiewährungen, die zwar erworben, aber nicht zurückgetauscht werden können, Seminar- und Vortragsangebote mit szenetypischen Inhalten, Spendensammlungen unter den Anhängern, bis zum Einwerben von größeren Summen für vorgebliche Geldanlagen – Letzteres insbesondere beim „Königreich Deutschland“.⁵

Sich in dieser Form auch finanziell in die Bewegung einzubringen, geschieht häufig ebenfalls aus einer monetären Hoffnung heraus, nämlich mit dem vermeintlichen „Systemausstieg“ keine Rechnungen, Steuern, Abgaben, Gebühren, Bußgelder, Geldstrafen zahlen zu müssen. Darüber hinaus erscheint als häufiges Motiv, einen Ausweg aus juristischen Auseinandersetzungen finden zu wollen. Die Selbstermächtigung, sich aus dem und über das „System“ zu stellen, ist ein starker Antrieb. Fantasetitel geben der eigenen Existenz eine Bedeutung, wenn zumindest eine Handvoll Leute daran glaubt. Und nicht zuletzt bieten Provokation und Destruktion ein Ventil für die Frustrationen des eigenen Daseins.

3. Topoi

Gräbt man sich durch die diversen, teils konkurrierenden Welterklärungen von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, trifft man auf ein wiederkehrendes Muster, das in Variationen alle Begründungen aufgreift: die Ablehnung und Delegitimierung der bestehenden staatlichen Ordnung und die Legitimierung der eigenen Ordnung. Im Wesentlichen sind es drei Topoi, die wiederholt werden: Der Bundesrepublik Deutschland würde die staatliche Souveränität fehlen. Deutschland hätte derzeit keine gültige Verfassung. Es würde eine (überkommene) alternative Rechtsordnung bestehen, auf die man sich individuell berufen müsse, um sich gegen die abgelehnte Ordnung durchzusetzen.

Die Punkte lassen sich ohne Weiteres widerlegen. In der Diskussion komplexer juristisch-historischer Sachverhalte mit Szeneangehörigen ist man allerdings mit einer Art „Schwurbel-Jura“ konfrontiert. Laienhaft werden kor-

⁵ Vgl. zum „Königreich Deutschland“ den Beitrag von Simon Gauseweg in diesem Band.

rekte juristische Sachverhalte aus ihrem Kontext gelöst, oberflächlich und eigensinnig interpretiert, sinnenstellend verkürzt sowie mit Falschinformationen und sachfremden Einsprengseln angereichert.

4. Interagieren mit Behörden

Die Interaktion der Szene mit dem Staat, das heißt seinen Behörden und deren Mitarbeitern, basiert auf dieser Weltsicht und der Überschätzung der eigenen Rolle. Sie ist – in veränderlichen Anteilen – bestimmt durch Agitation, Verweigerung und Aggression. Die Agitation folgt der Logik, sich gegen eine beständige Realität behaupten zu müssen. Behördenvertreter mit Erklärungen zu adressieren, dass sie quasi nicht existent seien, zielt weniger darauf, diese zu überzeugen, ihre Tätigkeit einzustellen. Vielmehr dient das Senden von Pamphleten, die Beschäftigung mit überbordendem Schriftverkehr und unsinnigen Anträgen und Widersprüchen der Vergewisserung der eigenen Realität. Der demokratische Rechtsstaat existiert – so ist man gefangen darin, das Gegenteil zu behaupten. Hinzu kommt, die eigenen Überzeugungen durch Taten, durch aktives Handeln zu untermauern – und sei es durch das massenhafte Senden von Faxen. Ein Effekt ist, Behörden mit Unsinn zu beschäftigen und damit zumindest zu versuchen, Einfluss auf ihre Arbeit und Ressourcen auszuüben.

Der „Systemausstieg“ braucht eine gleichermaßen symbolische wie praktische Erklärung. Die Verweigerung der Zugehörigkeit wird üblicherweise durch die Rückgabe oder Zerstörung des Personalausweises ausgedrückt. Die Praxis der Verweigerung finanzieller oder anderer rechtlich begründeter Forderungen reicht von obskuren Verfahren, zugestellte Post zu ignorieren, über die Erklärung der eigenen Nicht-Zugehörigkeit und damit angeblichen Nicht-Zuständigkeit der Behörden, bis zu umfangreichen Erläuterungen der eigenen „rechtlichen“ Vorstellungen. In der Regel führen diese Versuche zu Zwangsmaßnahmen. Letztere bergen ein Eskalationspotenzial im Zusammenspiel von ideologisch begründeter Gegnerschaft zu Behördenvertretern und der staatlichen Intervention in einem persönlichen Bereich, den „Reichsbürger“ mit hohem Aufwand als autonom deklarieren. Generell ist zu beobachten, dass die Ablehnung des Staates verbunden ist mit einer Abwertung der Menschen, die in Behörden tätig sind, und einhergeht mit einem aggressiven Auftreten ihnen gegenüber. Das kann sich verbal zeigen und übergreifend sein, zum Beispiel mit unberechtigten Foto- und Filmaufnahmen. Es kann auch zu persönlichen Angriffen eskalieren, zu unberechtigten finanziellen Forderungen, zu Nachstellungen im privaten Bereich oder sogar zu körperlichen Angriffen. Diese Angriffe haben immer zwei Dimensionen: Sie richten sich konkret gegen einen Menschen, seine

Privatsphäre und psychische und physische Unversehrtheit und sie richten sich gegen einen Menschen als Repräsentanten des Staates und so gegen den Staat selbst.

II. Entwicklungen und Herausforderungen

Seit dem Auftritt der Gruppierung „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009 berät das MBT in Brandenburg zum Umgang mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“.⁶ Wir haben Fortbildungen durchgeführt und zu konkreten Anlässen beraten. In der Zusammenarbeit mit unseren Beratungsnehmern konnten wir die Entwicklung der Szene und der Auseinandersetzung mit ihr beobachten und begleiten. Wir können sagen: Die Kompetenzen in Brandenburger Behörden im Umgang mit der Szene haben sich im vergangenen Jahrzehnt deutlich erweitert. In kommunalen Verwaltungen sind es häufig die Mitarbeiter im Kassen- und im Vollstreckungsbereich, die die Klientel gut kennen und sich eine entsprechende Handlungspraxis erarbeitet haben. Herausforderungen entstehen, wenn wegen personeller Veränderungen Erfahrungen noch fehlen oder wenn Szeneaktivitäten in neuen Bereichen bemerkbar werden. Darüber hinaus zeigte die Szene in den letzten Jahren Trends, die das Spektrum der Herausforderungen vergrößern. Diese Entwicklungen ersetzen nicht die bisherigen Organisations- und Handlungsansätze von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, sondern erweitern sie.

1. Diskursverbreiterung

Wie bereits oben angemerkt, waren „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Protesten ab 2014 – Montagsmahnwachen, PEGIDA, Querdenken, pro-russische Versammlungen – präsent. Die Proteste waren nicht deckungsgleich mit der Szene, nicht einmal maßgeblich von ihr organisiert, aber sie boten ein Aktionsfeld, unabhängig von dem je spezifischen Thema. Das Verbindende

⁶ Vgl. Schlamann, Gabriele (2010): Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009; in: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hg.): demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam, S. 125 ff. Vgl. auch Wilking, Dirk (2017): Die Anschlussfähigkeit der „Reichsbürger“ im ländlichen Raum aus Sicht der Mobilien Beratungsteams im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung; in: Wilking, Dirk (Hg.): „Reichsbürger“. Ein Handbuch, 3. Auflage, Potsdam, S. 221 ff.

unter den Protestakteuren war die Idee einer Fundamentalopposition und eine geteilte Praxis der Desinformation. Die Ideen von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ fanden in Versammlungen und Informationskanälen eine (begrenzte) Resonanz. Vor allem stellten sie einen Katalog an Verschwörungserzählungen im Sinne einer grundsätzlichen Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates zur Verfügung. In Teilen der Protestmilieus fanden insbesondere die Behauptungen der fehlenden staatlichen Souveränität sowie der fehlenden Verfassung Deutschlands Eingang in die Begründung des politischen Handelns. Zur Frage, ob und in welchem Umfang die Szene für sich selbst mobilisieren konnte, haben wir keine Daten. Zu beobachten ist allerdings, dass das Publikum für „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sozial vielfältiger geworden ist. Herausfordernd ist hier die individuelle Abgrenzung im Einzelfall und die Abschätzung des jeweiligen Handlungsrahmens.

Ein Phänomen in der Verbreiterung des Diskurses sind einzelne Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeiten oder Funktionen ein spezifisches Publikum ansprechen können und Ideen aus der Szene aufgreifen, verbreiten und gegebenenfalls verstärken. Im Herbst 2021 wurde der Fall eines Stadtverordneten einer brandenburgischen Stadt bekannt, der vor dem Amtsgericht erklärt hatte, die preußische Staatsangehörigkeit zu besitzen und nicht zum Rechtskreis der Bundesrepublik zu gehören. Der Fall ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Auch wenn es in seiner Widersprüchlichkeit schwer nachvollziehbar ist, können zum einen einzelne gewählte Vertreter Positionen von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ in den politischen Raum einbringen. Zum anderen setzte die Stadtverordnetenversammlung praktisch und symbolisch eine Grenze und stimmte für die Abwahl des Betreffenden als stellvertretender Vorsitzender der kommunalen Vertretung.

2. Diskursbeschleunigung

Auf der Basis der Annäherung verschiedener protest- und verschwörungserzählerischer Milieus sowie der gemeinsamen Leugnung von staatlicher Souveränität und Verfassung entstehen Agitations- und Organisationsmodelle, die nicht den herkömmlichen Ansätzen der Szene, wie der Erfindung von Pseudo-Staaten, entsprechen müssen. Zugleich können sie aber über Online-Kanäle schnelle Verbreitung finden und eine größere Dynamik entfalten. Ein Beispiel dafür war die „SHAEF-Gruppe“. Das „Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force“ (SHAEF) war das Oberkommando der West-Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Es wurde 1945 aufgelöst. Ab Frühjahr 2020 verbreitete ein selbsternannter „Major Jansen“ über den Messenger-Dienst Telegram, dass SHAEF existieren würde, die Regierungshoheit in Deutschland hätte und

er von Donald Trump zum SHAEF-Commander ernannt worden wäre. Der „Major“ mixte Narrative von „Reichsbürgern“, QAnon und Trumpismus; auch psychotische Einflüsse lagen nahe. Der Kanal fand eine fünfstelligen Zahl von Abonnenten. Die Selbstermächtigung als SHAEF diente insbesondere der Ablehnung von Corona-Maßnahmen. Die SHAEF-Anhänger produzierten entsprechende Vorlagen, die dann als Schreiben bei Schulen und Verwaltungen eingingen. Es sind Fälle dokumentiert, dass Menschen sich in kurzer Zeit derart in den SHAEF-Wahn verstricken haben, dass sie ihre berufliche, wirtschaftliche oder soziale Existenz verloren.⁷ Der falsche „Major“ produzierte zudem konkrete Bedrohungen, indem er persönliche Todesurteile gegen Politiker, Beamte und andere aussprach. Ende 2021 wurde er festgenommen, im August 2022 wurde er gerichtlich für schuldunfähig erklärt und seine Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung angeordnet.

Die Szene entwickelt in ihrem Kampf gegen Behörden immer wieder Erklärungen und Methoden, die dann regelmäßig scheitern. Allerdings kann einige Zeit vergehen, bis dieses Scheitern allgemein klar wird. Eine Masche muss sich etablieren und verbreiten, sie muss als Problem erkannt werden und Verfahren müssen in Gang kommen. Bis zu einer merkbaren Reaktion wertet die Szene in der Zwischenzeit ihr Vorgehen als erfolgreich und verbreitet es weiter. Die beschleunigte Verbreitung von Widerstandsmethoden, Verschwörungserzählungen und Ausstiegsmodellen birgt die Möglichkeit, mit ihnen mehr Menschen zu erreichen, bis sie sich als gescheitert erweisen. Zudem kann eine fehlgeschlagene Masche zügig durch eine nächste ersetzt werden.

3. Politische Organisationsmodelle und professionalisierte Geschäfte

Die Szene von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ist keine einheitliche Organisation, vielmehr eine Ansammlung von (Kleinst-)Gruppen und Individuen, die grundlegende Erklärungsmuster ihres Handelns teilen, sich in ihrem Handeln aber unterscheiden. Neben Individualausstiegen sind die „Klassiker“ der Organisation weiterhin, eine Pseudo-Verwaltung einer vormaligen staatlichen Ordnung oder einen Fantasie-Staat zu gründen. Mit Staatlichkeit und Verwaltung hat das nichts zu tun, gibt den Akteuren aber einen organisatorischen Rahmen, eine Gruppenidentität und die Möglichkeit, sich Pseudo-Titel und -Funktionen zu verleihen. In den vergangenen Jahren konnten wir jedoch auch Organisationsansätze sehen, deren Wirkung darüber hinaus geht:

⁷ Vgl. t-online vom 5.12.2021: Wienand, Lars: Mit vollem Tempo in die Ausweglosigkeit, unter https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_91252740/shaef-glaeubigemit-vollem-tempo-in-die-ausweglosigkeit-.html, Stand der Abfrage: 1.12.2022.

- a) Für eine sicherheitsrelevante Entwicklung steht die Festnahme von Mitgliedern der Gruppierung „Patriotische Union“ im Dezember 2022. Die Gruppe soll Umsturzpläne verfolgt und dafür unter anderem eine Erstürmung des Bundestages vorbereitet haben. Die ideologisch ähnliche Gruppe „Vereinte Patrioten“, die eine Entführung des Bundesgesundheitsministers geplant haben soll, wurde im April 2022 zerschlagen. In die Überzeugungen solcher militanter Kleingruppen fließen Ideen aus der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ein. Einzelne Akteure waren bereits in der Szene aktiv. Sie nehmen zudem andere verschwörungsmithische und esoterische, teils auch rechtsextremistische und pro-russische Einflüsse auf und leiten daraus die Notwendigkeit und die Selbstbeauftragung für einen Staatsstreich ab. Die Umsturzpläne bleiben Fantasie, aus ihnen erwachsen aber reale Gefährdungen. Es wurden Waffen beschafft, einzelne Akteure verfügen über militärische Erfahrungen, die ideologisch begründete Selbstermächtigung und Tag-X-Szenarien verstärken einen Handlungsdruck. Daraus entstehende Eskalationen gefährden Leben und Gesundheit von Menschen.
- b) Ein Merkmal der Szene von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ist ihre organisatorische Fragmentierung. Es gibt nicht die eine Organisation, sondern eine Vielzahl an teils konkurrierenden Ansätzen und Gruppen. Es gab und gibt immer wieder Akteure mit dem Anspruch überregionaler Bedeutung, der aber begrenzt wird durch mangelnde Kompetenz, fehlendes Personal und die Bedingungen der Szene. Wir konnten aber in den vergangenen Jahren auch Versuche beobachten, die „Kleinstaaterei“ der Szene mit der Simulation übergeordneter Instanzen zu überwinden.

Ein Beispiel ist die Gruppierung „Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD). Sie entstand 2018/19 aus einer Kerngruppe um Sascha H. und gibt vor, sich auf das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ von 1916 zu berufen. Aus einer zivilen Dienstpflicht im Ersten Weltkrieg, deren Umsetzung das Preußische Kriegsministerium verantwortete, erhebt sich der heutige VHD zu einer eigenständigen Organisation mit einem „Generaldirektor“. Auffällig ist hier der Versuch eines systematischen Organisationsaufbaus, regional gegliedert anhand der vormaligen 24 Armeekorpsbezirke des Deutschen Reiches. In fast allen Regionen sind Aktivitäten des VHD festzustellen, das heißt Gruppentreffen, Schulungen und Ähnliches. An solchen Treffen nimmt eine ein- bis niedrig zweistellige Zahl von Personen teil. Regional sind jeweils Kleingruppen in zwei- bis niedrig dreistelliger Größe dem VHD zugehörig. Diese Zahlen sind offensichtlich gering und der VHD ist selbstverständlich von denselben Friktionen betroffen wie der Rest der Szene, deren Heterogenität weiter besteht. Bemerkenswert ist allerdings

das überregional ähnliche Agieren der Kleingruppen und die Orientierung an einem gemeinsamen „Konzept“.

- c) Im Vergleich zum Geschäft, mittels Farbdrucker und Laminiergerät produzierte Fantasieausweise zu verkaufen, haben sich insbesondere mit der Gruppierung „Königreich Deutschland“ (KRD) die geschäftlichen Aktivitäten der Szene erheblich ausgeweitet und professionalisiert.⁸ Mit seiner „Gemeinwohlfkasse“ suggeriert das KRD, eine Bank zu betreiben – man könne dort ein „Konto“ eröffnen und Geld einzahlen. Real daran ist die Möglichkeit, dem KRD Geld zu überlassen. Dafür erhält man die Versprechen, dass das Geld sicher und steuerfrei sei sowie für das „Gemeinwohl“, das heißt Vorhaben des KRD, eingesetzt werde. Die nicht unerheblichen Mittel fließen in Immobilienprojekte des KRD, die allerdings absehbar scheitern dürften, weil der Kapitalbedarf der erforderlichen Sanierungen deutlich höher liegt. Außerdem ist davon auszugehen, dass mit den Geldeinzahlungen KRD-Aktivist*innen ihren Lebensunterhalt verdienen. Da es sich bei den „Konten“ reell um Kapitalüberlassungsverträge handelt, fließt das Geld weiterhin für falsche Versprechungen nur in eine Richtung. Man kann das KRD auch als ein Unternehmen verstehen, in dem einige zentrale Figuren ein überregionales Netzwerk gebildet haben, um haltlose Versprechungen zu produzieren, Menschen dafür anzuwerben und ihnen ihr Geld abzunehmen.

4. Raumnahme

Der eingangs genannte Wolfgang Ebel inszenierte seine „Kommissarische Reichsregierung“ noch aus einer kleinen Wohnung in Berlin-Zehlendorf. Aus den Dynamiken der folgenden Jahrzehnte haben sich jedoch Phänomene entwickelt, die weitaus mehr Raum nehmen. Das Anwachsen der Szene von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, Gewalttaten aus der Szene und Konflikte, die sie produziert, verschaffen ihr eine öffentliche Aufmerksamkeit. Die kritische Auseinandersetzung mit den Phänomenen ist mehr geworden.

Raumnahme ist aber auch materiell zu verstehen. Einzelne Gruppierungen verbinden die Ideologie von Staatsleugnung und -ausstieg mit Grund- und Immobilienerwerb. Aus solchen Siedlungsideen entstehen selbstverständlich keine staatlichen Gebilde, aber – gerade im ländlichen Raum und in kleineren Gemeinden – Konflikte. Der Siedlungsaufbau zielt auf ideologische Geschlossenheit und Abgrenzung vom bestehenden Gemeinwesen. Versuche,

⁸ Vgl. zum KRD den Beitrag von Simon Gauseweg (Fn. 5) in diesem Band.

dörfliche Strukturen zu dominieren, richten sich gegen das Gemeinwesen und seine Bürger. Insbesondere im Zusammenhang mit Siedlungsbestrebungen waren entrüstete Strategien zu beobachten, etwa dass bestehende Vereine beeinflusst und für Interessen der Szene von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ funktionalisiert wurden. Darüber hinaus sind Topoi ihrer Ideologie fester Bestandteil von Verschwörungserzählungen. Sie können als Alltagserscheinungen in Familien, in Schulen, Arbeits- und Freizeitkontexten auftauchen und sorgen dann für Konflikte.

III. Fazit

Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist Teil einer politischen Entwicklung, die den demokratischen Rechtsstaat in Frage stellen will. In der Interaktion mit anderen politischen Akteuren finden ihre Ideen Anklang bei Menschen, die sich als Teil einer Fundamentalopposition verstehen, die aus individuellen Motiven Wege suchen, gesetzliche Vorgaben und andere Regeln zu umgehen, oder die aus der Betätigung in der Szene einen persönlichen materiellen oder ideellen Mehrwert ziehen. Die Szene hat sich diversifiziert und agiert in Teilen professionalisierter. Sie hat mehr Anhänger gefunden und zugleich mehr Aufmerksamkeit von Sicherheitsbehörden und kritischer Öffentlichkeit. Die Beiträge des vorliegenden Bandes zeigen das. Sie stellen aber auch dar, dass die langfristig notwendige Auseinandersetzung mit den Herausforderungen möglich ist.

Markus Klein, Martin Schubert (Hg.)

**Demokratiefeindliche Realitätsflucht:
Reichsbürger, Selbstverwalter, Verschwörungsgläubige**

Problemlagen und Handlungsoptionen

Gefördert durch:

Land Brandenburg,
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Bundesprogramm „Demokratie leben“

Vollständig überarbeitete Neuauflage von: Dirk Wilking (Hg.),
„Reichsbürger“. Ein Handbuch, 3. Aufl. (Potsdam 2017)

Potsdam, 2022

demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel.: +49 331 7406246

E-Mail: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Titelbild: Katia Vásquez Pacheco

Lektorat: Mario Carl, Dr. Helga Völkening

Satz: Ralph Gabriel, Berlin

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-076908-5

Inhalt

<i>Markus Klein, Martin Schubert</i> Vorwort	7
<i>Daniel Krüger</i> „Systemausstieg“ und „Freiheitskampf“. Aktuelle Entwicklungen der Szene von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“	11
<i>Michael Hüllen, Heiko Homburg, Christian Saßmannshausen, Franziska Koch</i> Das Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“: Eine Szene zwischen rechtem Verschwörungsgeist, Gewalt- bezügen und Anschlussfähigkeit an ökologisch-esoterische „Bio-Limo-Milieus“	23
<i>Jan-Gerrit Keil</i> „Reichsbürger“ aus psychologischer Sicht im Spannungsfeld zwischen klinischem Wahn und Rollenspiel	85
<i>Jan-Gerrit Keil</i> Zur Rolle der Verschwörungsnarrative im „Reichsbürger“-Milieu	153
<i>Christa Caspar, Reinhard Neubauer, Hartmut Unger</i> „Ich mach’ mir die Welt, wie sie mir gefällt“. Wenn „Reichsbürger“ und öffentliche Verwaltung aufeinandertreffen	173
<i>Gerhard Wetzel</i> Staatsleugner als Herausforderung für die Justiz?	287
<i>Torsten F. Barthel</i> Fotografieren und Filmen – Unfreiwillige „Behördenauftritte“ im Internet	323
<i>Joana-Eve Edge, Lisa Grünbaum</i> Chancen, Grenzen und Flexibilität von Verwaltungshandeln – „Reichsbürger“, „Selbstverwalter“ und Co. stellen uns auf die Probe	335

<i>Steffi Bahro</i>	
„Wach endlich auf!“ – Verschwörungsideologische Beeinflussung in Familien, familiäre Konfliktkonstellationen und Radikalisierung von Familienangehörigen	351
<i>Janek Buchheim</i>	
Was tun bei verschwörungsideologisch bedingten Konflikten im sozialen Nahfeld?	417
<i>Adam Ashab, Caspar Schliephack</i>	
Verschwörungserzählungen auf Arabisch in Deutschland – ein ignoriertes Problem?	435
<i>Simon Gauseweg</i>	
Das sogenannte „Königreich Deutschland“	469
<i>Laura Schenderlein</i>	
Diffus und demokratiefeindlich – Überlegungen zu Schnittstellen zwischen „Reichsbürgern“ und Anastasia	511
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber	525